

Jugendgewalt als Konjunkturthema in den Medien

Wilfried Schubarth

Wenn man sich dem Thema Jugendgewalt in kritischer Absicht zu nähern versucht, ist es angeraten, sich zuerst mit der Karriere dieses Topos in den Medien zu beschäftigen. Für die wirkliche Wirklichkeit bleibt, nachdem die mediale Seifenblase einmal zum Platzen gebracht wurde, üblicherweise nicht mehr viel Aufregendes übrig. Das schafft Raum für eine problembezogene Diskussion über Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendstrafrecht. Wilfried Schubarth betreibt keine einfache Medienschelte, er fragt nach den Beiträgen der Politik und der Wissenschaft zur Konjunktur des Problems »Jugendgewalt« und warnt vor den immer gleichen Handlungsmustern und Ritualen, die der wohlfeilen Dramatisierung folgen, aber auch davor, angesichts des zyklischen Rückgangs des Themas aus den Medien die tatsächlichen Probleme zu bagatellisieren. Beides folgt dem selben Muster: sich auf symbolische Politik zu beschränken.

Das »Problem«

»Tyrannen in Turnschuhen«, »Wohin mit den Horror-kids?« (jeweils SPIEGEL SPECIAL 12/1997), »Monster und Vandalen an den Schulen?« (Sächsische Zeitung vom 31. Januar 1998), »Schule brutal. Erpressung, Prügel, Terror – an deutschen Schulen ist die Hölle los« (FOCUS 10/1998), »Der Krieg der Jugendlichen« (Süddeutsche Zeitung vom 23. März 1998), »Die kleinen Monster«, »Der Krieg der Kinder« (jeweils DER SPIEGEL 15/1998), »Nehmt die Vandalen in die Pflicht!« (DIE ZEIT vom 8. April 1998).

Dies sind nur einige Beispiele für die Medienberichterstattung zum Thema »Jugend und Gewalt« aus den letzten Jahren. Glaubt man den Medien, werden die Täter immer jünger und immer schlimmer. Spektakuläre Einzelfälle werden bundesweit vermarktet, was zu öffentlichen Debatten über »Jugend und Gewalt« und den angemessenen Umgang damit führt. So hat in den Jahren 1997/1998 der Fall »Mehmet« wochenlang für Schlagzeilen gesorgt und die Diskussion über eine Veränderung bzw. Verschärfung des Strafrechts wieder neu entfacht. Dabei ging es

insbesondere um den Umgang mit strafunmündigen »Mehrfach- und Intensivtätern«. Experten sind sich einig, dass – im Gegensatz zu den Medienberichten – die Lage nicht dramatisiert werden sollte: »Alle Expertinnen und Experten stimmen darin überein, dass die aus den Medien bekannten Fälle Einzelfälle darstellen, die keinesfalls verallgemeinert werden dürfen. Einig sind sich alle Fachleute darüber, dass – unabhängig von der Definition – die strafunmündigen »Mehrfach- und Intensivtätern« für sich genommen eine winzige, quantitativ vernachlässigungswerte Gruppe darstellen. Was Anlass zur Sorge gibt, sind in den Einzelfällen die Qualität und die Quantität der Delikte und die in den meisten Fällen damit verbundenen extrem schwierigen Lebensverhältnisse. Es ist die Häufung und die Schwere der Delikte bei einigen wenigen Kindern und Jugendlichen, die das Problem ausmachen, wobei zugleich für die immer wieder angeführte Aussage »immer mehr, immer schlimmer, immer jünger« sich keine tragfähigen Belege finden lassen.« (Holthusen/Lüders 1999, S. 77)

Dieses Expertenurteil gilt nicht nur für den Bereich »strafunmündige Mehrfachtäter«, sondern auch für andere Bereiche, z.B. die Schule: »Die

Annahme einer allgemeinen Brutalisierung der Schülerschaft gründet anscheinend auf einer medienunterstützten modernen Wandersage.« (Greszik/Hering/Euler 1995, S. 265)

Der Konjunkturzyklus »Jugend und Gewalt«

Aus der Geschichte der Jugendforschung und Jugendsoziologie ist bekannt, daß die Debatten über »Jugendgewalt« nach bestimmten Konjunkturzyklen verlaufen. So gab es in der alten Bundesrepublik¹ Mitte der 50er Jahre eine sogenannte Halbstarkendebatte, Ende der 60er Jahre eine Debatte über die »Studentenbewegung« und in den 80er Jahren eine über die »Jugendprotestbewegung«. Letztere führte sogar zum Einsetzen einer »Gewaltkommission« durch die Bundesregierung, die nach mehrjähriger intensiver Arbeit einen umfangreichen Bericht (vgl. Schwind/Baumann 1990) vorlegte, der allerdings in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung fand. Wie kam es – so könnte man aus heutiger Sicht fragen –, dass nach dem Erscheinen dieses Berichts (1990) das Thema »Jugend und Gewalt« zu Anfang der neunziger Jahre (wieder) neu entdeckt wurde und – über die ganzen neunziger Jahre hinweg – zu einem Schwerpunkt der öffentlichen Debatten wurde? Wieso also konnte das Thema »Jugend und Gewalt« eine derartige Karriere machen?

Entsprechend den Erkenntnissen der Kommunikationsforschung und den Analysen zur »Karriere sozialer Probleme« (vgl. Schetsche 1996) wird ein bestimmter Sachverhalt (hier: »gewaltauffälliges« Verhalten Jugendlicher) nicht von sich aus zu einem »sozialen Problem«, sondern nur dann, wenn er von der Gesellschaft, d.h. in erster Linie von der Medienöffentlichkeit als solcher betrachtet wird. Nach dem Soziologen Luhmann spazieren meldungswürdige Nachrichten nicht einfach in der Weltgeschichte herum. Vielmehr haben Journalisten bestimmte Vorstellungen, Konstruktionen darüber im Kopf, was ihre Adressaten überraschen könnte. Folgt man der Agenda-setting-Hypothese werden die Themen der öffentlichen Diskussion von den Massenmedien bestimmt, wobei allerdings die Medien von den jeweiligen Interessengruppen für die Thematisierung »ihrer« Probleme genutzt werden. Auch über die gesellschaftliche Anerkennung einer Problemdeutung wird letztlich in den Massenmedien entschieden. Dabei kann es durchaus bereits »Vorläufer« des gleichen Problems geben. Wurde bei der letzten Thematisierung das Problem jedoch nicht gelöst, ist die Karriere-Chance größer, wenn es als neues Thema (wieder-)geboren wird. Da »Gewalt« nie beseitigt werden kann, eignet es sich schon deshalb gut für konjunkturelle Thematisierungen. Abweichendes, gewaltförmiges Verhalten Jugendlicher wurde auch schon früher problematisiert, wenngleich nicht immer unter dem Begriff »Gewalt«, sondern z.B. unter den Begriffen »Aggression« oder »Devianz« bzw. »Delinquenz«.

Die Phasen des Konjunkturzyklus

Am Anfang der Karriere stand die erste Thematisierung (vgl. Abbildung). Die jüngste Jugenddebatte um Gewalt setzte Anfang der neunziger Jahre im Zusammenhang mit den fremdenfeindlichen Übergriffen Jugendlicher ein. Gleichzeitig häuften sich Berichte über das Problem der »wachsenden Jugendgewalt« (Phase: Problemformulierung) und zwar in verschiedenen Facetten, z.B. fremdenfeindliche Gewalt, »linke« und »rechte« Gewalt, Jugendbanden, Gewalt an Schulen. »Jugend und Gewalt« wurde schnell zu einem »Medienereignis« ersten Ranges. Die Art und Weise der Berichterstattung suggerierte, dass es sich hierbei um ein völlig neuartiges Phänomen, um ein bisher nicht gekanntes Ausmaß von Gewalt und Brutalität, verbunden mit schwindendem Norm- und Unrechtsbewusstsein, »Werteverfall« u.ä. handele. Dieses allgemeine Problemdeutungsmuster prägte zunehmend die öffentliche Meinung. Auch Lehrer, Sozialpädagogen und Eltern berichteten vermehrt über Probleme beim Umgang mit aggressiven Kindern und Jugendlichen. Bald gab es kaum noch eine Zeitung, Zeitschrift oder einen Sender, in der bzw. in dem nicht regelmäßig über »zunehmende Jugendgewalt« berichtet wurde. Das Problemmuster »zunehmende Jugendgewalt« hatte sich etabliert und erhielt den Status der öffentlichen Anerkennung (vgl. Abbildung).

Das Strickmuster der medialen Berichterstattung ist dabei so einförmig wie trivial: Man nehme zuerst eine reißerische Schlagzeile, z.B. »Die rasten einfach aus« (DER SPIEGEL 42/1992), »Das hier ist brutaler Krieg« (STERN 8/1993), »Die Gewalt explodiert« (BamS vom 17.10.1993), schildere dann ein, zwei Einzelbeispiele, möglichst in kriegerischer Sprache und mit viel Liebe zum Detail, mit O-Ton und mit Bild unterlegt, behaupte schließlich: dieses sei inzwischen Alltag. Zur Erhöhung der Überzeugungskraft bediene man sich eines »Steigerungsdiskurses« (z.B. durch solche Worte wie »zunehmend«, »immer mehr«, »immer jünger«, »immer schlimmer«, »nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land«, »dramatische« oder »explosionsartige Entwicklung«). Auch ein, zwei Zitate von Experten erhöhen die Aussagekraft. Bei der Darstellung von Gewalt konzentrierte man sich am besten ausschließlich auf die physische Gewalt (diese ist in der Regel unstrittig) sowie auf eine Zweiteilung von Täter und Opfer. Hinsichtlich der Ursachen von Gewalt favorisierte man möglichst einfache Erklärungen und klare personale Schuldzuweisungen, wobei alles auf Emotionalisierung und Dramatisierung ausgerichtet sein sollte.

Wie Medienanalysen zeigen, spielen Berichte über Gewalt und Kriminalität in der Medienberichterstattung insgesamt eine stark überhöhte Rolle. Grundsätzlich erfolgt die Auswahl und Verbreitung von Nachrichten in den Medien nach den Kriterien Vereinfachung, Identifikation und Sensationalisierung. Die Sensationslust der

Presse zeigt sich z.B. darin, dass Gewaltdelikte in der polizeilichen Presseerklärung das Sechsfache, in den Pressemeldungen das Achtfache und auf der Titelseite das Elffache ihres registrierten Auftretens ausmachen (vgl. Lamnek 1990, S.164). Der Selektionsfaktor der Vereinfachung kommt darin zum Ausdruck, dass einerseits Sachverhalte (Delikte) ausgewählt und dadurch andere unterdrückt werden und andererseits die selektierten Delikte stark vereinfacht dargestellt werden. Die Folge ist, dass eine Vielzahl der Bürger aufgrund unrichtiger Vermutungen verängstigt ist. Nach Lamnek hat die Öffentlichkeit praktisch keine Chance, durch die Massenmedien über das Kriminalitätsgeschehen in Art, Ausmaß und Entwicklung adäquat informiert zu werden. Es wird vielmehr eine irreal und absurde Vorstellungswelt erzeugt.

Will man die Interessen der verschiedenen Gruppen bloßlegen, die hinter der öffentlichen Thematisierung von »Jugend und Gewalt« stehen, so ist dies kein leichtes Unterfangen: Dass es den Massenmedien (mit großen Unterschieden zwischen den verschiedenen Medien) nicht nur um ihre Informationspflicht ging, sondern vor allem auch um Auflagenhöhen und Einschaltquoten, lässt sich nicht immer leicht erkennen. Die Medien haben ihre eigene Logik und ihre eigenen (vor allem auch ökonomischen) Interessen, d.h. die Aufmerksamkeit der Rezipienten um (fast) jeden Preis zu erlangen. Über das, was aus ihrer Sicht, aus ihrer Erwartungshaltung heraus hohen Nachrichtenwert hat und gute Einschaltquoten bzw. Auflagen verspricht, wird regelmäßig und ausführlich berichtet. Das Thema »Jugend und Gewalt« ist dafür – aufgrund solcher »Publizitätsfaktoren« wie z.B. Normverletzung, Schaden, Identifizierbarkeit von Schuldigen, Personalisierbarkeit und Visualisierbarkeit des Problems – besonders gut geeignet. Sind die Problemuster durch die mediale Verbreitung bei den Menschen angekommen, werden sie schließlich zur eigenständigen sozialen Realität, d.h. die Menschen nehmen das Problem in ihrem Alltag auch so wahr und reagieren entsprechend den verbreiteten Problem- und Handlungsmustern. Ein Beispiel dafür ist die wachsende Kriminalitätsfurcht, insbesondere bei älteren Menschen, obwohl diese eher weniger Opfer von Gewalt sind (vgl. z.B. Reuband 1996).

Bei Wissenschaftlern und Pädagogen ist die Interessenlage in der Regel noch differenzierter: Einerseits verspricht eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte Themen auch mehr finanzielle Zuwendungen (z.B. für konkrete pädagogische Anti-Gewalt-Projekte oder für Forschungsvorhaben), andererseits ist Wissenschaft an Aufklärung und einer Versachlichung der Debatte interessiert und auch die Pädagogen – Sozialpädagogen wie Lehrer – empfinden überzogene Berichte eines Teils der Medien für ihre Arbeit eher als störend oder gar als rufschädigend.

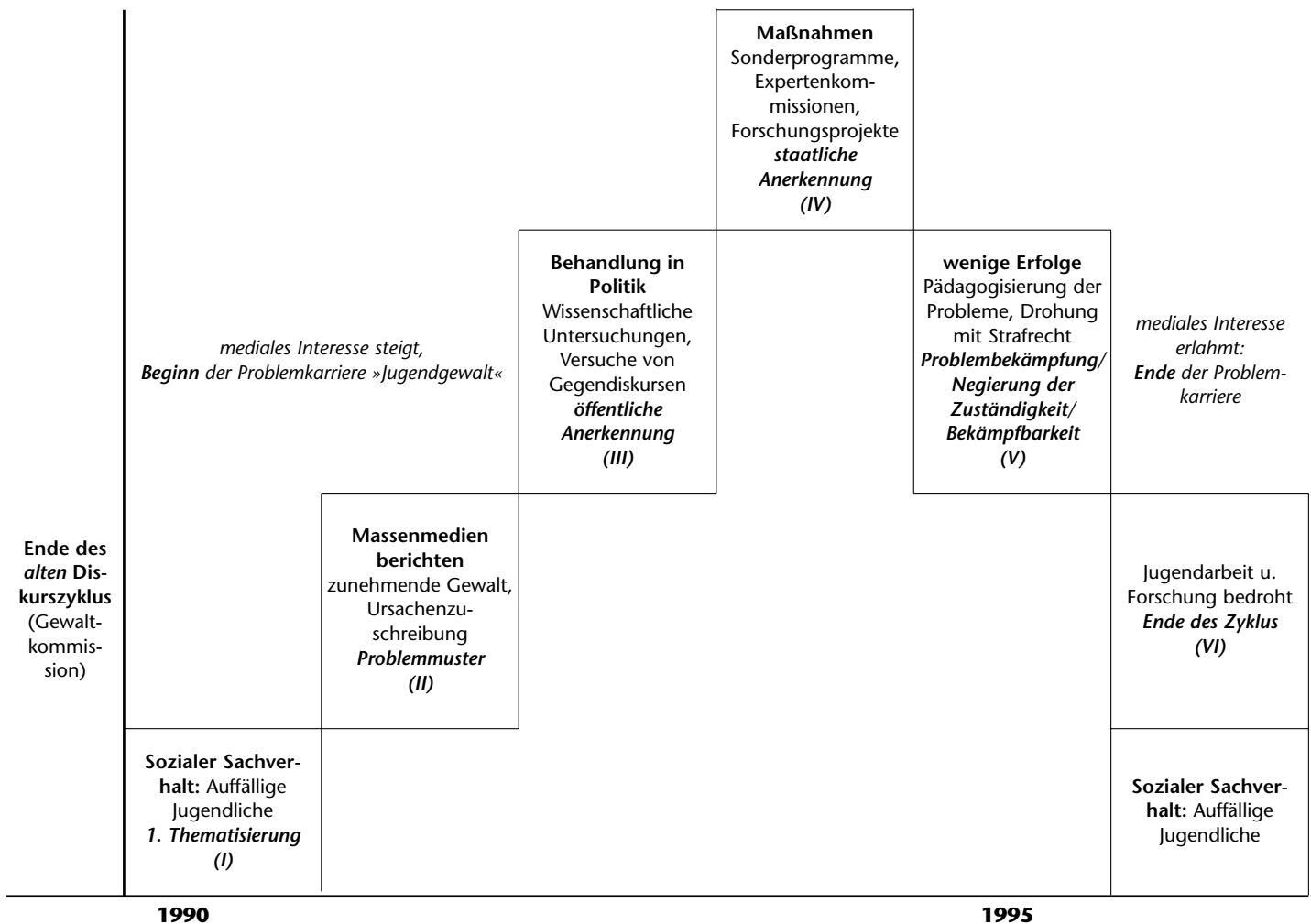
Kehren wir zum Konjunktur- bzw. Diskurszyklus zurück: Nach der ersten Thematisierung durch die Medien setzte die Phase der Deutungs-

bzw. Problemmuster ein (vgl. Abbildung). Ein Problemmuster soll soziales Handeln erklären, um Eindeutigkeit und Verhaltenssicherheit herzustellen. Es soll sowohl die Verursacher des Problems als auch die Ansätze und Adressaten für Lösungen benennen. Dazu bedarf es zunächst eines Begriffes, der das Problem eingängig benennt. Aufgrund eines allgemein anerkannten Wertesystems, wonach Gewalt, zumindest offene, körperliche Gewalt, inakzeptabel sei, weist der Problemname »Jugendgewalt« eindeutig auf etwas moralisch, politisch und rechtlich Verwerfliches hin, das zu bekämpfen ist. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass der Gewaltbegriff in den letzten Jahren zunehmend ausgeweitet und zu einer »catch-all«-Kategorie wurde. Doch gerade deshalb eignet er sich gut als Kampfbegriff; denn wenn etwas als Gewalt identifiziert wird, gerät der »Gewaltausübende« schnell unter Rechtfertigungszwang oder Anklage. Die Suche nach entsprechenden Lösungsvorschlägen hängt von den identifizierten Ursachen des Problems ab. Dabei geht es vorrangig um die Zuständigkeit für die Bekämpfung: So variierte in der jüngsten Gewaltdebatte die Zuständigkeit für die Gewaltbekämpfung zwischen Familie, Schule, Justiz, Medien oder der gesamten Gesellschaft. Je nach Perspektive wurde die Zuständigkeit für die Bekämpfung dem jeweils »anderen« Akteuren bzw. gesellschaftlichen Gruppen zugeschrieben.

Ein wichtiges Feld zur Durchsetzung und Absicherung von Problemdeutungen sind Diskursstrategien, wie z.B. Dramatisieren, Moralisieren und die Reproduktion von Mythen. Zum Dramatisieren können so unterschiedliche Formen wie die Auswahl von Einzelfallbeispielen, die »Magie der großen Zahl« und die Dichotomisierung von Schuld gehören. Erfolgreich sind Problemdeutungen insbesondere dann, wenn konkrete Schuldige benannt werden. Dichotomisierungen von Schuld und Personalisierung verlagern die Verantwortung auf andere und führen zu psychischen Identifikations- und Projektionsprozessen. So wurde in der jüngsten Gewaltdebatte u. a. darauf verwiesen, dass die öffentliche Empörung über Jugendgewalt nur eine Art »kollektiver Verdrängung« darstellt, welche eine Ablenkungsfunktion gegenüber der Gewaltförmigkeit der Gesellschaft insgesamt und eine Legitimationsfunktion in Bezug auf staatliche Repression hat.

Durch Dramatisieren und Moralisieren werden Emotionen erzeugt und zugleich die Problemwahrnehmungen normiert; durch die Reproduktion von Mythen werden diese abgesichert. Meist konkurrieren jedoch hegemoniale und alternative Deutungen bzw. Gegendiskurse miteinander. Gegendiskurse stellen nicht nur die herrschende Deutung in Frage, sondern den Problemcharakter des Sachverhalts selbst. Das Problem sei dann – an unserem Beispiel – nicht die Gewalt der Jugendlichen, sondern die Stigmatisierung und Etikettierung der betreffenden Jugendlichen durch die Öffentlichkeit. Neben der Gefahr der Stigmatisierung wurde bei der jüngsten Gewaltdebatte vor allem auf die Gefahr der

Diskurszyklus »Jugendgewalt in den neunziger Jahren«



Pädagogisierung sozialer Problem verwiesen. Hier haben wir es dann mit einem Problem zweiten Grades zu tun, das mit den gleichen Karriereformen und Strategien verlaufen kann wie die Wahrnehmungen, die von ihnen problematisiert werden. Diese Problemdeutung hat es allerdings schwer, gegen den herrschenden Diskurs anzukommen, da über die Durchsetzung einer Problemwahrnehmung letztlich wieder in der massenmedial beherrschten Öffentlichkeit entschieden wird.

Reaktionsmöglichkeiten der Politiker

Schon bald gerieten die Politiker unter Handlungsdruck. Hohe staatliche Gremien beschäftigten sich mit dem Thema. Um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, wurden Studien im Auftrag gegeben (z.B. im Rahmen des Neunten Jugendberichts, Studien im Auftrag der Kultusministerien und Schulverwaltungen), Sonder-

programme wurden aufgelegt (z.B. das Aktionsprogramm der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt oder gegenwärtig XENOS und CIVITAS) oder »Runde Tische gegen Gewalt« initiiert. Damit wurde signalisiert, dass der Staat das Problem erkannt bzw. anerkannt hat (Phase: staatliche Anerkennung) und mit Entschlossenheit dagegen etwas unternehmen will (Phase: Problembekämpfung).

Die regelmäßige Berichterstattung signalisiert dem politisch-administrativen System zunächst, dass hier ein bestimmter Handlungsbedarf besteht und dass daraus eventuell politisches Kapital geschlagen werden kann. Grundsätzlich sind drei Reaktionen möglich: Zurückweisung der Problemwahrnehmung, Anerkennung der Problemwahrnehmung bei Ablehnung seiner Zuständigkeit sowie Anerkennung der Problemwahrnehmung wie der Zuständigkeit. Die Entscheidung darüber, welche Form der Problembekämpfung, welche staatlichen Ressourcen (z.B. Geld, Information oder Recht) eingesetzt

werden, ist vor allem vom politischen Kalkül abhängig. Bei der Antwort auf die Frage, welche Gründe Politiker haben, sich einem Problem anzunehmen, ein anderes jedoch zurückzuweisen oder zu ignorieren, ist ein nutzentheoretisches Wahlmodell recht plausibel, wonach es das dominierende Interesse aller Politiker sei, (wieder-) gewählt zu werden (vgl. Schetsche 1996, S. 132 ff.). Dieses Ziel der Stimmenmaximierung führt dazu, bei der Entscheidung über Zuständigkeit und Mittelbereitstellung bezüglich eines Problems (z.B. Gewalthandeln Jugendlicher) abzuwägen, ob und inwiefern sich das bei den nächsten Wahlen auszahlen könnte. Es ist offensichtlich, dass Jugendliche als potentielle Adressaten von Politik angesichts ihres niedrigen und weiter abnehmenden Anteils an der (Wahl-)Bevölkerung sowie ihrer niedrigen Wahlbeteiligung sehr schlechte Karten haben.

Wenn entschieden wird, nicht mehr finanzielle Mittel als bisher z.B. für die Jugendarbeit, für politische Bildung oder für die Schulen bereitzu-

stellen, bleibt noch die Reaktionsmöglichkeit »Information«. Dabei wird durch symbolische Akte signalisiert, dass die Politik das Problem zur Kenntnis genommen hat. Es wird verkündet, dass das Problem den anerkannten Werten der Gesellschaft widerspricht (z.B. »Das ist eine Schande für Deutschland«) und sofort gehandelt werden muss. Zugleich wird an die Verantwortung jedes Einzelnen appelliert (Forderung nach einem »Aufstand der Anständigen«). Gegebenenfalls wird mit der Rechtsnorm und einer Straf- bzw. Gesetzesverschärfung gedroht. Beliebt sind auch Versprechen, da sie – außer Glaubwürdigkeitsverlusten – nichts kosten. Auf ein Versprechen folgt meist die Einsetzung von Expertenkommissionen oder die Finanzierung von Forschungsvorhaben. Die Erzeugung von Wissen ist relativ billig, zeigt jedoch der Öffentlichkeit, dass das Problem ernst genommen wird und gründlich bearbeitet wird. Dies kann bis zur Einrichtung von speziellen Institutionen zur

»Um der Öffentlichkeit staatliches Engagement zu demonstrieren, zugleich aber keine weiteren Ressourcen ausgeben zu müssen (Jugend- und Bildungspolitik haben in der Regel keine hohe Priorität), ist die Debatte um das Strafrecht das ideale Mittel. Dabei geht es primär um symbolische Wirkungen, d.h. es soll der Anschein von Entschlossenheit und Aktivität erweckt werden bei gleichzeitigem Verzicht auf eine effektive Problembekämpfung«

Bekämpfung des Problems als einem möglichen Endpunkt der Problemmkarriere führen.

Um der Öffentlichkeit staatliches Engagement zu demonstrieren, zugleich aber keine weiteren Ressourcen ausgeben zu müssen (Jugend- und Bildungspolitik haben in der Regel keine hohe Priorität), ist die Debatte um das Strafrecht das ideale Mittel. Dabei geht es primär um symbolische Wirkungen, d.h. es soll der Anschein von Entschlossenheit und Aktivität erweckt werden bei gleichzeitigem Verzicht auf eine effektive Problembekämpfung. Deswegen diskutiert man in Bezug auf »Jugendgewalt« auch lieber über eine Verschärfung der Gesetze, über die Herabsetzung der Strafmündigkeit und um »geschlossene Heimunterbringung« als über die Unterstützung der Jugendarbeit und die Verbesserung der Le-

benschancen von Kindern und Jugendlichen. Das hat die Diskussion der letzten Jahre ein-drucksvoll vor Augen geführt. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass in letzter Zeit die Einsicht gewachsen ist, dass neben der Repression auch der Prävention eine größere Bedeutung zukommen muss.

Zur Rolle der Wissenschaft

Parallel zur wachsenden medialen Aufmerksamkeit wandte sich auch die Wissenschaft verstärkt dem Thema »Jugend und Gewalt« zu und machte es zu einem zentralen Forschungsgegenstand. Davon zeugen ein Forschungsboom von über 100 empirischen Studien, Hunderte von Tagungen und Tausende von Publikationen. Allein die Dokumentation »Jugend und Gewalt« des Informationszentrums Sozialwissenschaften enthält z.B. 735 Forschungsprojekte, Monographien, Sammelwerke und Aufsätze schon im Zeitraum von 1989 bis 1994 (vgl. Informationszentrum Sozialwissenschaften 1995). Zugleich hat sich ein schier unüberschaubarer Markt von Ratgeber- und populärwissenschaftlicher Literatur, z.B. auch zum Umgang mit Aggression und Gewalt entwickelt. Die Gewalt- und Rechtsextremismusforschung erlebte in den neunziger Jahren insgesamt einen bisher nicht gekannten Aufschwung (vgl. ausführlicher Schubarth 2000 und Schubarth/Stöss 2001).

Die vielen Studien der neunziger Jahre haben zweifellos einen beachtlichen Erkenntniszuwachs zum Thema »Jugend und Gewalt« gebracht. Die Forschungen wurden immer differenzierter, verschiedene Gewaltformen wurden mit quantitativen, zunehmend auch mit qualitativen Untersuchungsmethoden erforscht und mögliche Ursachen und Bedingungsfaktoren nachgewiesen. Insgesamt konzentrieren sich die meisten Untersuchungen allerdings auf die Analyse von Erscheinungsformen und Ursachen von Gewalt, während Aspekte der Entwicklung von Präventionsmodellen, deren Umsetzung, Verbreitung und Evaluierung von untergeordneter Bedeutung sind. Dennoch gibt es auch hinsichtlich der Entwicklung von gewaltpräventiven Konzepten und Handlungsansätzen für die Praxis gewisse Fortschritte, so z.B. für die Schule oder die Jugendarbeit, wenn man an die Konzepte der Konfliktvermittlung (Peer Mediation), des Täter-Opfer-Ausgleichs, des Anti-Aggressionstrainings oder der »Akzeptierenden Jugendarbeit« denkt.

Schon aufgrund ihrer zahlreichen Forschungsaktivitäten ist auch die Wissenschaft, insbesondere in Form der Gewaltforschung, in den Diskurszyklus »Jugend und Gewalt« involviert. Dabei hat sie durch ihre empirischen Befunde nicht nur viel zur Versachlichung der Gewaltdebatte beigetragen, sondern auch der pädagogischen Diskussion neue Impulse verliehen. Gleichzeitig sieht sie sich aber auch mit einer Reihe forschungsmethodischer Probleme konfrontiert, die die Erforschung von »Gewalt« kompliziert gestalten. So ist

z.B. durch die – infolge der öffentlichen Thematisierung von Gewaltphänomenen – eingetretene allgemeine Sensibilisierung gegenüber »Gewalt« kaum feststellbar, ob es sich tatsächlich um qualitativ neue Phänomene handelt oder ob auf Gewalt nur empfindlicher reagiert wird. Böttger spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem »Medien-Forschungs-Kreislauf«, bei dem die Aufmerksamkeit der Jugendlichen durch einseitige Medienberichte vorstrukturiert wird, so dass diese bei Jugendbefragungen ein höheres Maß an beobachteter Gewalt angeben (vgl. Böttger 1996: »Die Medien berichten aufgrund von subjektiven Beobachtungen Beteiligten von einer ansteigenden Gewaltdelinquenz, die von Gruppen Jugendlicher ausgeht. Die Rezipienten dieser Medien nehmen dies mit Sorge zur Kenntnis, und diese Gefühle strukturieren in der Folge ihre Wahrnehmungen. Sie behalten Gruppengewaltdelikte Jugendlicher, von denen sie erfahren, stärker in Erinnerung als bisher. Werden sie dann von Forschern angesprochen oder interviewt, so geben sie aufgrund dieser selektiven Wahrnehmungen an, die Gruppengewalt habe nach ihrer Beobachtung tatsächlich stark zugenommen. Die Forscher publizieren dies als Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie. Diese wiederum gelangt den Medien zur Kenntnis, die die Forschungsergebnisse dankbar aufgreifen und berichten, die Wissenschaft habe nun genau das bestätigt, was sie ja schon vor einiger Zeit hätten verlautbaren lassen.« (Böttger 1996, S. 15)

Der Medien-Forschungs-Kreislauf, so einleuchtend er klingt, hat allerdings auch einige kleine »Haken«, z.B. brauchen Journalisten nicht die subjektive Beobachtungen Beteiligten, sondern haben ihre Konstruktionen im Kopf, mit denen sie annehmen, dass sie ihre Adressaten »überraschen« könnten. Außerdem sollte man die Wirksamkeit von Forschungsergebnissen nicht überschätzen. Nur ein kleiner Teil erlangt – wieder über die Medien und in z. T. veränderten Form – eine größere Resonanz und Öffentlichkeit.

Zurück zum Diskurszyklus: Irgendwann ist ein Problem lange genug strapaziert worden, das Interesse daran erlahmt, kaum einer kann es noch hören. So erging es – ab Mitte der neunziger Jahre – auch der Gewaltdebatte (zumindest zeitweise). Die »Medienkarawane« zog weiter und suchte sich neue Themen. Die Karriere des Problems »Jugendgewalt« schien vorerst beendet (vgl. Abbildung). Zurück blieben allerdings auch Ernüchterung und Enttäuschung ob der mangelnden oder unangemessenen Problemlösungsversuche. Es war jedoch schon abzusehen, dass das Thema nach einiger Zeit (möglicherweise unter einem neuen Etikett) wieder auftauchen würde, schließlich nimmt die öffentliche Thematisierung von »Jugendgewalt« einen periodischen, zyklischen Verlauf.

Ob die Gewalt infolge der Gewaltdebatte weniger geworden ist oder ob seitdem mehr gegen Gewalt getan wird – darüber gibt die Gewaltdebatte ebenso wie der gesamte Diskurszyklus praktisch keine Auskunft. Das Abklingen der Diskus-

sion kann nicht mit einem Abflauen der Gewalt gleichgesetzt werden.

Der Beitrag der Gewaltdebatte zur Verbesserung der Präventionspraxis

Der Beitrag der Massenmedien zur Gewaltprävention ist recht zwiespältig einzuschätzen: Sie berichten – bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Medien – lieber über Dinge, an denen die Öffentlichkeit (scheinbar) interessiert ist als über Dinge, die im öffentlichen Interesse liegen (z.B. Gewaltverminderung). Jedoch finden sich bei einem Teil der Medien in letzter Zeit auch verstärkt Darstellungen positiver, gelungener Ansätze und innovativer Modelle in der gewaltpräventiven Jugendarbeit, nicht nur in Deutschland, sondern auch aus anderen Ländern. Diese Form der Berichterstattung sollte ausgebaut werden.

Auch der Wissenschaft kommt im Rahmen des Diskurses über Möglichkeiten der Gewaltprävention eine beachtliche Rolle zu. Dabei sind es weniger die direkten Wirkungen (z.B. Politikberatung), auf die die Forscher verweisen können, sondern eher die längerfristigen, indirekten Wirkungen, z.B. wenn wissenschaftliches Interpretationswissen in die öffentlichen Diskurse einfließt und zu einer »Verwissenschaftlichung« des beruflichen wie persönlichen Alltags beiträgt.

Dennoch muss gerade mit Blick auf die Erfordernisse der gewaltpräventiven Arbeit in der Praxis konstatiert werden, dass nach wie vor ein großer Handlungsbedarf besteht. Vieles, was die Gewaltsursachen und mögliche Handlungsansätze betrifft, war schon seit längerem bekannt. Dies wird z.B. auch bei einem Rückblick auf die zahlreichen Vorschläge der Gewaltkommission Ende der achtziger Jahre deutlich. Die Kluft zwischen Analyseergebnissen und Empfehlungen einerseits und Veränderungen in der Praxis der gewaltpräventiven Jugendarbeit andererseits ist nicht zu übersehen. Zudem ist ein Teil der initiierten Projekte durch Finanzknappheit zunehmend bedroht. Hier ist vor allem die Politik gefordert.

Vom Konjunktur- zum Dauerthema? Fazit und Ausblick

Die bisherigen Ausführungen resümierend, lassen sich zumindest folgende fünf Punkte zum Thema »Jugendgewalt und Medien« festhalten:

1. Die Karriere des Themas »Jugend und Gewalt« in den neunziger Jahre hatte weniger wissenschaftliche Gründe und ist auch weniger auf das Wirken sozialer Gruppen zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die Thematisierung durch die Medien, wobei das Gewaltthema sich als ein ideales konjunkturelles Medienthema eignet. Durch den medialen Druck wurde das gewaltauffällige Verhalten Jugendlicher zu einem »sozialen Problem«, worauf Po-

litiker und Wissenschaftler reagieren »musten«.

2. Ein Teil der Medien arbeitet – was ihre Recherchemethoden betrifft – unseriös und unprofessionell, wie der unrühmliche Fall »Sebnitz« gezeigt hat. Wie konnte es sonst geschehen, dass eine Stadt, eine ganze Region aufgrund ungeprüfter Aussagen so unter Anklage geriet. Selbst Journalisten suchen – angesichts dieses Falles – nach Entschuldigungen: »Der Redaktionsalltag ist hektischer geworden. Entscheidungen, bringen wir die Story oder nicht, müssen schnell gefällt werden. Der Druck durch die Konkurrenz ist enorm.« (Sächsische Zeitung vom 12.05. 2001)
3. Die massenmedial dominierte Gewaltdebatte hat sowohl zu einem Boom in der Gewaltforschung als auch zu einer Popularisierung von Wissen über Gewalt (z.B. über Ursachen und Gegenmaßnahmen) sowie zu vielfältigen Aktivitäten in der schulischen wie außerschulischen Gewaltprävention geführt. Zwischen der Gewaltdebatte einerseits und der realen Gewaltentwicklung bzw. Fortschritten bei der Gewaltprävention andererseits besteht allerdings kein gesicherter Zusammenhang. Ein (vorläufiges) Ende der Gewaltdebatte bedeutet nicht automatisch weniger Gewalt, sondern nur, dass sich die Debatte (vorübergehend zumindest) erschöpft hat.
4. Politik reagiert auf die Thematisierung von sozialen Problemen (hier: »Jugendgewalt«) mit stets den gleichen bzw. ähnlichen Handlungsmustern und Ritualen. Dafür lassen sich zahlreiche Belege finden. So diskutierte der Bundestag im Herbst 1997 zum Thema »Jugendstrafrecht und Präventionsstrategien«, bei der die ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit zwar die Notwendigkeit der Gewaltprävention hervorhob, die Hauptverantwortung dafür aber bei den Bundesländern verortete und – als Beitrag der Bundesregierung – auf eine Reihe von Forschungs-, Informations- und Modellmaßnahmen verwies (vgl. Das Parlament vom 21./28. November 1997). Analoges gilt für die aktuelle Debatte um das Verbot der NPD.
5. Viele von der Politik ergriffenen Maßnahmen sind eher von symbolischer Bedeutung und setzen nicht an den tiefer liegenden Wurzeln für Gewalt und Kriminalität an (z.B. der grundlegenden Verbesserung der Lebensverhältnisse für Jugendliche, insbesondere für die benachteiligten unter ihnen). Insofern kann die Debatte um »Jugend und Gewalt« durchaus als »Schein(heilige)-Debatte« bezeichnet werden.

In letzter Zeit haben sich die Medienberichte über »Jugendgewalt« offenbar hin zum Thema »Jugendkriminalität« als neues Etikett verlagert. Ob damit ein neuer Diskurszyklus zu »Jugend und Gewalt« eingeleitet oder dieses Thema gar zu einem Dauerthema avancieren wird, lässt sich vorerst noch nicht sagen. Die (selbst-)kritische

Reflexion der mit der Thematisierung von »Jugend und Gewalt« verbundenen Interessen und der Blick auf bisherige vergleichbare Diskurszyklen bleibt auf jeden Fall angeraten. Das könnte auch dazu beitragen, zu einem sachlich-konstruktiven Umgang mit »Jugendgewalt« – fernab von Dramatisierung und Bagatellisierung – zu finden. Vielleicht wird dann auch die Alltagserfahrung vieler Jugendlicher widerlegt, nur dann von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, wenn sie Probleme machen und nicht, wenn sie Probleme haben.

Dr. phil. habil. Wilfried Schubarth ist Privatdozent der Technischen Universität Dresden und lehrt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Literatur

- Böttger, Andreas: Schule, Gewalt und Gesellschaft. Forschungsbericht. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hannover 1996.
- Greszik, Bettina./Hering, Frank/Euler, Hans: Gewalt in den Schulen. Ergebnisse einer Befragung in Kassel. In: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 2/1995, S. 265–284.
- Holthusen, Bernd/Lüders, Christian: Strafunmündige »Mehrfach- und Intensivtäter« – eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe?, In: Der Mythos der Monsterkids. Strafunmündige »Mehrfach- und Intensivtäter«. Deutsches Jugendinstitut 1999, S. 77–85.
- Informationszentrum Sozialwissenschaften: Jugend und Gewalt. Sozialwissenschaftliche Diskussion und Handlungsansätze. Eine Dokumentation, Bonn 1995.
- Lamnek, Siegfried: Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien als Problem. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Heft 3/1990, S. 163–176.
- Reuband, Karl-Heinz: Gesellschaftlicher Wandel, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. In: Neue Praxis 26 (1996), S. 494–504.
- Schetsche, Michael: Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung. München/Wien 1996.
- Schubarth, Wilfried: Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen – Empirische Ergebnisse – Praxismodelle. Neuwied, Krieffel. 2000.
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen 2001.
- Schwind, Hans-Dieter/Baummann, Jürgen u.a. (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission). Band I bis IV. Berlin 1990.

Anmerkung

- 1 Anders stellt sich die Situation für Ostdeutschland dar, wo bis zur Wende unliebsame Themen wie z.B. Gewalt, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft nahezu tabu waren. Zudem galt Jugend vor der Wende – auch im Unterschied zu heute – als »Hoffnungsträger« der Gesellschaft, war eher »Hätschelkind« denn »Problemkind«, zumindest in der propagierten Öffentlichkeit.